

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 7

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Zeitschriften

Dr. Harry Proß veröffentlicht im Juliheft der von ihm redigierten «Deutschen Rundschau» Betrachtungen über «Die Stunde Afrikas», die das Ergebnis eines längeren Studienaufenthaltes in Afrika sind. Zuerst untersucht er die Rolle, die der Gedanke eines Pan-Afrika in der afrikanischen Entwicklung spielen kann:

«Die Gemeinsamkeit von Afrika ist ein großes Gefühl, das über Grenzen und Wüsten hinweg die Menschen belebt. Es ist eine politische Realität ersten Ranges. Pan-Afrika hat heute mehr Kraft, als Pan-Europa in den frühen fünfziger Jahren hatte, in seiner besten Zeit also. Seine Stärke beruht zum Teil darauf, daß seine Vision gleichzeitig mit der Verwirklichung nationaler Selbständigkeit vor die Menschen tritt, ergänzend also und – noch! – nicht konkurrierend. Zum anderen zieht Pan-Afrika seine Energie aus den Leiden der Afrikaner im Norden und Süden des Kontinents. Die empörende Inhumanität, die sich Weiße dort zuschulden kommen lassen, provoziert das afrikanische Selbstbewußtsein. Wenn einflußreiche Afrikaner heute davon sprechen, Freiwillige aus dem ganzen Kontinent zu sammeln, um die skandalösen Zustände in Algerien und Südafrika mit Gewalt zu ändern, so sind sie weiter Zustimmung sicher. Es ist der legitime Anspruch aller Afrikaner, daß menschenwürdige Verhältnisse und gleiches Recht auf ihrem Kontinent einzufordern... Nur krasser Unverstand kann dieses Ziel mit einer kommunistischen Konspiration gleichsetzen. Es liegt in der Hand der alten Mächte, einen afrikanischen Einigungskrieg mit anti-europäischer Spurze zu verhindern, statt Systeme zu verteidigen, die den Stacheldraht nicht wert sind, mit dem sie ihre Positionen einzäunen.

Pan-Afrika ist aber auch deswegen eine Notwendigkeit für seine Politiker, weil die ungeheuren großen sozialen und regionalen Unterschiede ohne die fast mythische Gemeinsamkeit nicht überbrückt werden können. Dieselben Staaten, die sich mit ihren Nachbarn über die Zugehörigkeit der Grenzbevölkerung einigen müssen, werden alle Mühe haben, nicht entlang innenpolitischer Linien auseinanderzufallen. Hier kann die Berufung auf das gemeinsame Afrika den Vernünftigen helfen, die Dinge im Maß zu halten und zu hochstrebende wie zu kleinliche Ansprüche zu bändigen.»

Harry Proß untersucht dann die soziologische Schichtung in den jungen afrikanischen Staaten; in diesem Zusammenhang schreibt er:

«Nach der Lage der Dinge nehmen die *Gewerkschaften* den wichtigsten Platz ein. Zwar halten die Organisationen in technischer Hinsicht keinen Vergleich mit den höchst effektvollen Verbänden der alten Industrieländer aus, aber sie bringen zu einzelnen Gelegenheiten doch die Massen auf die Beine. Sie wecken das Verständnis für moderne Organisation überhaupt und fermentieren die Basis der Gesellschaft. Aus den Gewerkschaften rekrutiert sich der Nachwuchs für die Verwaltungselite, soweit er nicht durch familiäre Anstrengung direkt über die höhere Bildung in die Politik einzieht.

Die Rolle der Gewerkschaften ist schon deswegen nicht zu unterschätzen, weil sie in ihrer Aktion gegen unwürdige Arbeitsbedingungen den *Geist der Freiheit* vermitteln, den das europäische Bürgertum in der Auflehnung gegen den Absolutismus gewann. Wenn man zugibt, daß ein Freiheitsbewußtsein unentbehrlich ist für die Weltcivilisation, sollte man einräumen, daß es auch in Afrika auf irgendeine kämpferische Weise gewonnen werden muß, selbst wenn sie von der des dritten Standes in Europa sich unterscheidet.»

Harry Proß schließt mit folgenden Worten: «*Teilen und Helfen.* – Wer dazu nicht bereit ist und nicht begreifen kann, daß Afrika trotzdem etwas ganz anderes ist als Europa, der sollte auf jeden Fall zu Hause bleiben. Solidarität ist der einzige mögliche

Ausdruck für das in der Afrikapolitik Erforderliche. Die Stunde Afrikas ist eine Weltstunde.»

*

In der Diskussion um Hilfsmöglichkeiten für die Entwicklungsländer tauchte in der letzten Zeit auch der Gedanke einer besonderen «Westeuropäischen Universität für Studierende aus Entwicklungsländern» auf. Zu dieser Frage ergreift im Berner «Bund» (Nr. 288) Prof. Dr. Richard F. Behrendt, Ordinarius an der Universität Bern und Gründer und Leiter des dortigen Instituts für Soziologie und sozio-ökonomische Entwicklungsfragen, das Wort zu Ausführungen von so grundsätzlicher Bedeutung und zugleich so konkretem Charakter, daß wir zumindest Teile aus dieser Veröffentlichung hier wiedergeben möchten. Behrendt schreibt:

«Ich bin überzeugt, daß wir uns mehr als bisher darum bemühen müssen, Mitglieder der in jenen Ländern künftig führenden Gruppen als Studenten oder Praktikanten an unsere Bildungsanstalten zu bekommen und möglichst intensive, beiderseits förderliche Beziehungen mit ihnen zu entwickeln. Aber ich glaube nicht, daß wir bei diesen unseren Bemühungen die kommunistischen Maßnahmen als Leitbilder nehmen sollten. Insbesondere scheint mir, daß eine ‚Westeuropäische Universität für Studierende aus Entwicklungsländern‘ (nach dem Vorbild der ‚Universität der Völkerfreundschaft‘, die jetzt in Moskau organisiert wird) eher negative als positive Auswirkungen haben würde. Denn an einer solchen Anstalt würden wir gleichsam ein Ghetto für Studenten aus Entwicklungsvölkern etablieren und würden dasjenige Problem noch verschärfen, das schon ohnedies besteht: das der mangelnden menschlichen Beziehungen zwischen europäischen und nichtwestlichen, insbesondere farbigen Studenten. Wir würden dann den Letzteren noch mehr den Eindruck geben, daß wir sie als geistig und gesellschaftlich nicht gleichberechtigt betrachten, anstatt genau das Gegenteil zu tun, nämlich mit allen nur möglichen Mitteln die allgemein menschlichen und intellektuellen Beziehungen zwischen ihnen und Menschen aller Bildungs- und Berufsschichten des Gastlandes zu stärken.

Es ist höchste Zeit, daß wir gegenüber den Initiativen aus dem kommunistischen Bereich uns endlich einmal etwas Neues, Eigenes einfallen lassen, anstatt uns auf eine bloß reaktive Politik zu beschränken. Unser Neues und Eigenes sollte in der Richtung gesehen werden, die nur wir beschreiten können: in der Förderung freier Assoziation und Diskussion, gemeinsamen Denkens und Forschens, in Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen aus möglichst vielen verschiedenen Kulturreihen, Nationen und Rassen.

Die jungen, jetzt ‚in Bewegung‘ befindlichen Menschen der Entwicklungsländer sind im allgemeinen nicht bereit, sich irgendein auf fremdem Boden gewachsenes, politisches oder soziales Dogma aufzudrängen zu lassen. Was sie brauchen und auch wollen, sind Lösungen, die den besonderen Bedürfnissen und Möglichkeiten ihres eigenen Volkes angepaßt sind. Nur in unserem, nicht totalitären Kulturreich besteht die Möglichkeit, solchen suchenden Menschen bei der Stärkung ihres geistigen Rüstzeuges zu helfen – nicht indem wir sie, wie die Kommunisten, in ein geistiges Prokrustesbett einzuzwingen versuchen, sondern indem wir sie der Fülle vielfältiger und zum Teil auch einander widersprechender Lösungsmöglichkeiten gegenüberstellen, die gerade für unsere westliche Welt bezeichnend ist...»

Professor Behrendt führt dann im einzelnen aus, was zur Erreichung dieses Ziels geschehen müsse. Wir müssen uns, so sagt er, in unseren Schulen und Hochschulen viel ernsthafter als bisher mit den nichtwestlichen Kulturen, ihren geschichtlichen Grundlagen und jetzigen Problemen beschäftigen und «die auf einem überholten Überlegenskomplex begründete Einseitigkeit unserer Bildungseinrichtungen überwinden und

uns auf die lebenswichtigen Anforderungen der neuen Welt, in der wir zu leben haben, einstellen». In allen Fakultäten müssen Probleme der Entwicklungsländer in Forschung und Lehre behandelt werden, und dabei sollten geeignete Studenten und Fachleute aus Entwicklungsländern in größerer Zahl zur Mitarbeit herangezogen werden. Nur auf diese Weise können wir auch dem immer akuteren Bedarf an Fachleuten gerecht werden, die wir den unterentwickelten Ländern als Berater zur Verfügung stellen sollen. Für diese Arbeit empfiehlt Professor Behrendt, der an der Universität Bern schon seit sechs Jahren Vorlesungen und Übungen über die Entwicklungsländer abhält und jetzt ein Colloquium vorbereitet, an dem auch Interessenten, die bereits im Berufsleben stehen, teilnehmen können, enge Zusammenarbeit zwischen europäischen Studenten und Studierenden aus Entwicklungsländern, «um auf diese Weise allen Beteiligten die Möglichkeit zu bieten, anhand eines gemeinsamen konkreten Problems gemeinsam denken und forschen zu lernen und eine gemeinsame Leistung durchzuführen, die Zeugnis ablegen würde von der Fruchtbarkheit eines derartigen Austausches verschiedenartiger Erfahrungen und Denkweisen». Professor Behrendt schließt seine ungemein anregenden Betrachtungen mit den mahnenden Worten: «Im übrigen wird der Erfolg dieser Bemühungen weitgehend von dem Weltverständnis und der konstruktiven Phantasie unserer eigenen Hochschulstudenten und Hochschullehrer abhängen.»

*

Zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der *deutschen Gewerkschaftsbewegung* veröffentlicht die «*Frankfurter Allgemeine Zeitung*» (Nr. 158) unter dem Titel «*Energie-Gewerkschaft*» folgende Betrachtung:

«Der wirtschaftliche Strukturwandel in der Energiewirtschaft, der durch die abnehmende Bedeutung der Kohle gekennzeichnet ist, hat jetzt auch die ersten Auswirkungen auf die Gewerkschaftsorganisationen gezeigt. Die Industriegewerkschaft Bergbau möchte in Zukunft, um ihren Mitgliederbestand besorgt, nicht mehr in den Bergwerken allein neue Anhänger rekrutieren, sondern in allen Bereichen der Energiewirtschaft. Damit drängt sie aber in „Hoheitsgebiete“ anderer Gewerkschaften. Die Gefahr liegt nahe, daß in einer solchen Situation durch Konkurrenz bei der Mitgliederwerbung oder gar durch Abwerbung der Gedanke der *Solidarität*, der einer der Grundpfeiler der deutschen Arbeiterbewegung ist, erschüttert werden könnte. Daher haben jetzt drei Organisationen, nämlich die IG Bergbau, die IG Chemie und die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport, Verkehr, in einem sogenannten *Kartellvertrag* beschlossen, ihre Arbeit unter der Aufsicht der Spaltenorganisation, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu koordinieren.

Zum erstenmal ist in Westdeutschland eine solche Vereinbarung getroffen worden. Trotz den zunächst noch recht unverbindlichen Formulierungen könnte sich hier eine neue Entwicklung anzeigen. Ohne Zweifel denken die beteiligten Funktionäre im Augenblick nur an die Sicherung und Abgrenzung der Mitgliederbereiche. Jedoch wird der nächste Schritt sein, daß sie ihre Lohnpolitik gemeinsam überlegen und sich in Forderungen und Aktionen eingehender abstimmen als bisher. Bereits ist auf gewerkschaftlicher Seite die Meinung zu hören, daß es dabei nicht bleiben kann. Konzentration und Strukturwandlungen in der Wirtschaft zwängen auch die Gewerkschaft zu größeren Organisationseinheiten. Es wird schon von einer Energie-Gewerkschaft gesprochen, wobei noch nicht klar ist, ob mehrere bestehende Gewerkschaften fusionieren sollen oder ob man auf lange Sicht überhaupt zu einer ganz neuen Gruppierung innerhalb des Gewerkschaftsbundes, der im Augenblick noch aus 16 Einzelgewerkschaften besteht, kommen wird. Das ist zwar eine sehr langfristige und mit Komplikationen gespickte Entwicklung, die sich über Jahre, ja vielleicht über Jahrzehnte erstrecken kann. Kurzfristig kann diese Maßnahme jedoch noch eine andere Wirkung haben. Durch die

Koordinierungsaufgabe, die dem Gewerkschaftsbund in diesem Fall zugewiesen wurde, könnte die bisher sehr blasse Spitzenorganisation an Profil gewinnen.»

Unter der Überschrift «*40 Stunden*» kommentiert *«Die Welt»* (Nr. 158) die jüngste Entwicklung in der westdeutschen Metallindustrie mit folgenden Betrachtungen:

«Zum ersten Male ist die Vierzigstundenwoche für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik mehr als eine Forderung und ein Wunsch. Der Weg dahin liegt jetzt fest. Mitte 1965 werden zumindest die Arbeiter in der Metallindustrie nur noch an fünf Tagen mit achtstündiger täglicher Arbeitszeit in ihren Betrieben zu finden sein.

Niemand braucht deshalb jedoch mit Neid auf die Metallarbeiter zu sehen. Zwar hat die Metallgewerkschaft auch diesmal die Rolle des Zugpferdes im Gewerkschaftsgespann übernommen. Aber die Erfahrung lehrt, wie schnell die anderen Wirtschaftszweige folgen, wenn einer erst einmal den Weg beschritten hat.

Hier liegt auch die große Verantwortung, die die beiden Tarifpartner bei dieser Abmachung tragen. Beide haben in den schwierigen Verhandlungen zurückstecken müssen: die Gewerkschaften an Tempo, die Metallindustriellen an Vorsicht und Zögern. Was herauskam – ein Vierstufenplan mit einer jährlichen Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde – ist ein erfreulicher Kompromiß.

Nach dem großen Sprung vom Jahre 1956, als das Bremer Abkommen auf einmal eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden brachte, mußten die Zeiträume länger und die einzelnen Schritte vorsichtiger werden. Vieles ist zunächst aus der Arbeitskraft des einzelnen aufgefangen worden. Doch hat das seine Grenzen, da weder der arbeitende Mensch noch die Produktivität, die unseren Lebensstandard verbürgt, leiden sollen.

Noch eins verdient bei diesem Abkommen vermerkt zu werden: Zum ersten Male in der Nachkriegsgeschichte sind die beiden Sozialpartner zu einer wirklich langfristigen Abmachung gekommen. Wie schön, wenn dieser neue Stil Schule machen würde.»

Walter Fabian

